

Kommentar

Mehr Schutz für die Privatsphäre

Wieder einmal hat Karlsruhe dem Gesetzgeber in Berlin eine schlechte Note ausgestellt. Das Gesetz zur Terrorabwehr räumt dem Bundeskriminalamt bislang enorme Befugnisse zum Ausspähen von Daten ein – bis in die Privatsphäre der Bürger. Das Gesetz war in dieser Form unmäßig. Die Beschränkungen und Nachbesserungen, die das Verfassungsgericht dem Gesetzgeber nun auferlegt hat, werden nicht dazu führen, dass die Ermittler ihre Arbeit nicht mehr tun können. Durch das Urteil bekommen die Bürger also einen besseren Schutz ihrer Privatsphäre, ohne dass sie in einem höheren Sicherheitsrisiko leben.

Es ist ungewöhnlich, dass das Verfassungsgericht in einem 100-seitigen Urteil der Regierung detailliert vorschreibt, wie sie ein Gesetz zu ändern hat. Doch eben diese Entscheidung spricht Bände: Sie ist ein Misstrauensvotum gegen Berlin und seine gesetzgeberische Kompetenz auf dem Feld der Innenpolitik.

In Zeiten hoher Terrorgefahr müssen unsere Behörden mit weitreichenden Ermittlungsbefugnissen ausgestattet sein. Da hat die Gesellschaft schon seit dem September-Anschlägen 2001



Eva Quadbeck zum BKA-Urteil aus Karlsruhe

in den USA ihre Schmerzgrenzen weit nach hinten verlegt. Die Ermittlungsbehörden müssen zudem technisch auf dem neuesten Stand und gleichzeitig international vernetzt sein.

Die Angst vor Terror darf aber nicht einem Überwachungsstaat Tür und Tor öffnen. Der intime Kernbereich des Menschen muss vor dem Zugriff des Staates geschützt bleiben: Private Gespräche über Beziehungsprobleme, Geldnot oder Sorgen um die Kinder gehören nicht in die Hände der Ermittler. Dieser Schutz muss besonders sensibel gehandhabt werden, da ja im Rahmen der Terrorabwehr auch Menschen ausgeforscht werden können, gegen die nichts vorliegt. Dass solch weitreichende Befugnisse auch von dritter Seite kontrolliert werden müssen, sollte sich in einem Rechtsstaat von selbst verstehen.

Es ist zu befürchten, dass die Terrorgefahr uns noch viele Jahre begleiten wird. Um unsere Freiheit umfassend zu schützen, brauchen wir beides: weitreichende Befugnisse für die Ermittler und eine sorgfältige Kontrolle dieser Befugnisse.

E-Mail: eva.quadbeck@rhein-zeitung.net

Gegen den Strich von Horst Haitzinger



„... hatte Zähne, und die trug er im Gesicht!“

Fremdenhass: Sachsens Unkultur des Wegsehens

Analyse Politikern im Freistaat fällt es schwer, Haltung zu zeigen

Im August 2007 jagten in der sächsischen Kleinstadt Mügeln etwa 50 Menschen acht Inder. Zuvor hatte es eine Schlägerei mit Verletzten gegeben. Später wurden mehrere beteiligte Deutsche wegen Volksverhetzung verurteilt. Die Staatsanwaltschaft stellte zudem fest, dass es vor der Pizzeria, in der die Inder Zuflucht fanden, fremdenfeindliche Äußerungen gab. Der damalige Mügeln Bürgermeister Gotthard Deuse versuchte vergeblich, den Vorfall vom fremdenfeindlichen Hintergrund zu befreien. Über die fremdenfeindlichen Rufe in der Tatnacht sagte er: „Solche Parolen können jedem mal über die Lippen kommen“, und verriet dann auch noch einer Zeitung, dass er stolz sei, Deutscher zu sein. Der damalige sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) sagte: „Es gab keine Hetzjagd in Mügeln; es gab eine Hetzjagd auf Mügeln.“ Er meinte das hohe mediale Interesse an dem Fall.

Befremdliche Reaktionen

Deuse und Milbradt waren weder die ersten noch die letzten sächsischen Entscheidungsträger, die beim Thema Fremdenhass weitgehend weghörten und die Augen verschlossen. Die öffentliche Empörung, nachdem ein wütender Mob in Clausnitz einen ankommenden Bus mit Flüchtlingen anpöbelte, richtete sich nicht nur gegen den Vorfall an sich, sondern vor allem an den Umgang mit dem Vorfall. Der Chemnitzer Polizeipräsident Uwe Reißmann gab den Flüchtlingen eine Mitschuld an der Eskalation und kündigte Ermittlungen gegen einzelne Schutzsuchende an.

Zwischen den fremdenfeindlichen Ereignissen in Mügeln und Clausnitz liegen mehr als acht Jahre. Die sächsische Landesregierung steht zunehmend in der Kritik, weil in dieser Zeit offensichtlich zu wenig passiert ist, um den Fremdenhass in dem Bundesland zu beseitigen. So stellte der Rechtsextremismusforscher Hajo Funke nach dem Ereignis in Clausnitz fest, dass es sich um ein Versagen der politischen Führung handelte, „des Ministerpräsidenten und des Innenministers“.

Oder liegt es vielleicht doch an dem speziellen Menschenschlag, am slawischen Blut, das vielleicht durch die ein oder andere sächsische Ader fließt? Es gibt Menschen, die genau das denken. Als gäbe es ein Gen für Fremdenhass, das die Sachsen von Generation zu Generation weitergeben. Dabei gibt es durchaus rationale Erklärungen



Ein Opfer der Schlägerei am Rande des Altstadtfestes im sächsischen Mügeln 2007. Foto: dpa

für die weit verbreitete Ausländerfeindlichkeit in Sachsen. Etlliche politische Entscheidungen dürften zumindest dazu beigetragen haben, dass sich ausländerfeindliche Ansichten so leicht in Sachsen verbreiten und festigen konnten: Die Regierung strich 2010 Hunderte Stellen in der Jugend- und Sozialarbeit und bei der Polizei. Lange Zeit gab es in Sachsen die höchst umstrittene Extremismusklausel. Vereine und Initiativen in Sachsen mussten ihre Treue zum Grundgesetz erklären, um staatliche Fördermittel zu erhalten. Vor allem Initiativen gegen rechts sahen sich dadurch unter Generalverdacht gestellt.

Serie

Unterwegs in Sachsen

Wie fremdenfeindlich sind die Sachsen? Und warum gerät das wirtschaftliche Vorzeigeland der neuen Bundesländer so oft wegen ausländerfeindlicher Vorfälle in die Schlagzeilen? Unser Autor **Stefan Hantzschmann** (28) ist in Sachsen aufgewachsen und hat in seiner Heimat nach Antworten gesucht. Im dritten Teil der Serie lesen Sie eine Analyse, wie Sachsens Politik mit Fremdenhass umgeht. Lesen Sie am Samstag im Journal ein Porträt über den Journalisten Ulrich Wolf, der sich wie kein Zweiter mit Pegida befasst.

„Die Extremismusklausel führte zu einer Entfremdung zwischen Zivilgesellschaft und dem Staat“, sagt Henning Homann, Sprecher für demokratische Kultur und bürgerschaftliches Engagement der SPD-Fraktion im sächsischen Landtag. 2015 schaffte die Regierung diese Regelung wieder ab. Homann ist sich sicher, dass die Folgen der Extremismusklausel noch nachwirken.

Spricht man mit Sozialarbeitern und Vertretern demokratischer Initiativen, ist oft davon zu hören, dass sich diese engagierten Menschen in eine linke Ecke gestellt fühlen. Als die Amadeu Antonio Stiftung der sächsischen Regierung im Februar vorwarf, zu wenig gegen Rechts zu tun, antwortete der CDU-Landtagsabgeordnete Alexander Krauß in der rechtskonservativen Wochenzeitung „Junge Freiheit“, indem er diesen Vorwurf als Unsinn abtat, um dann über Sachsens Probleme mit Linksextremismus zu sprechen: „Wenn ich mir die linksextreme Szene in Sachsen anschau, zum Beispiel in Leipzig, dann ist sie im Vergleich zum Rechtsextremismus keinesfalls das kleinere Problem.“

Es gibt Ausnahmen

Dass es sich lohnt, wenn sich Politiker hinter zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Fremdenhass stellen, zeigt das Beispiel der Kleinstadt Roßwein im Landkreis Mittelsachsen. Dort wurden Flüchtlinge in einer ehemaligen Zweigstelle einer Fachhochschule untergebracht. Wo vor wenigen Monaten noch Studenten lernten, die auch Geld in der Stadt ausgaben und in den Augen vieler Roßweiner das Leben im Ort bereicherten, leben jetzt Asylbewerber. Der Pegida-Ableger „Roßwein wehrt sich“ protestierte wöchentlich auf dem Marktplatz in der Stadt. Auch bekannte Gesichter aus der rechts-extremen Szene waren bei den Demonstrationen dabei. Doch von Anfang an stellte sich der Bürgermeister hinter die Initiative „Willkommen in Roßwein“, die vor allem auf Begegnungen zwischen Bürgern und Flüchtlingen setzte und bei der Politiker, Sportvereine, die Kirche und lokale Prominente mitmachten. Immer weniger Asylgegner gingen auf die Straße, bis es irgendwann keine Kundgebungen mehr gab.

Roßweins Bürgermeister Veit Lindner (parteilos) schätzt, dass sich 15 Prozent der Roßweiner für die Unterbringung der Flüchtlinge aussprechen und 15 Prozent dagegen. „Um den Rest lohnt es sich immer zu kämpfen.“

Leseranwalt

Jochen Kampmann ist Ihr Mann in unserer Redaktion



RZ-Leseranwalt, 56055 Koblenz
leseranwalt@rhein-zeitung.net

Globalisierung der Gleichgültigkeit

Papst Franziskus hat am vergangenen Wochenende Flüchtlinge auf der griechischen Insel Lesbos besucht. Mein Kollege Jochen Krümmel schrieb in seinem Kommentar für die Montagsausgabe auf dieser Seite: „Die Lösung der Flüchtlingskrise sehen wir gern sehr weit weg, als Herkulesaufgabe in Berlin, Brüssel, Moskau, Washington, Damaskus. Aber wie wäre es, wenn die Lösung zunächst in etwas Mitmenschlichkeit liegt? In Respekt, in Menschenwürde? Und in einem echten Versuch zu helfen, den Menschen in Not nahe zu sein, jeder, wie er kann? Meinetwegen schimpfen Sie mich jetzt einen ‚Gutmenschen‘. Aber das ist das gute Beispiel, das Papst Franziskus gibt.“ Das hat viele Leser so bewegt, dass sie ihm geschrieben haben. Eine Leserin etwa: „Oft drückt es mich so nieder, wenn ich die Abneigung gegenüber Flüchtlingen erlebe. Ich versuche selbst, hier im Ort etwas bei der Flüchtlingsarbeit zu helfen, und erlebe bisher nur Entgegenkommen und tiefe Dankbarkeit. Ihr Artikel hat mir wieder Mut gemacht, mich auch verbal mehr zur Verteidigung der Flüchtlinge einzusetzen.“ Oder: „Vor ein paar Wochen habe ich mich mit Bekannten über die Flüchtlingssituation unterhalten. Wir befürchteten genau das, was jetzt passiert. Aus den Augen, aus dem Sinn? Da tut ein Kommentar wie der Ihre richtig gut.“ Wieso ich Ihnen davon berichte? Nicht weil es um Lob geht, sondern weil es guttut zu erfahren, dass dieser Kommentar keine Einzelmeinung ist, die ohne Resonanz bleibt.

Das bringt der Tag

Was wird aus der Rente?
Studie zur Einstellung junger Deutscher zur Zukunft mit Blick auf die Rente wird vorgestellt.

Berlin will Artenvielfalt schützen
Deutschland tritt Protokoll zum Schutz der Artenvielfalt bei.

Entscheidung im Kohl-Prozess
Entscheidung über Klage von Kohl gegen seinen Ex-Ghostwriter

Facebook

Landesrechnungshof kritisiert Kulturbau

Norbert Graß: Erwartet jetzt jemand Konsequenzen aus dieser verheerenden Beurteilung? Es werden Millionen zum Fenster rausgeworfen, ohne dass es Auswirkungen auf Entscheidungsträger hat.

Sie finden uns unter [facebook.com/rheinzeitung](https://www.facebook.com/rheinzeitung)

Tweet des Tages

Hässliche Routine: Verfassungsfeindliche Eingriffe in Grundrechte trotz Warnung. Korrekturen Jahre später durch #BVerfG #BKA

twitter.com/@eckpiedra

Gewinnzahlen

Lotto:

1 5 11 13 20 49

Superzahl: 8
Spiel 77: 1 4 2 9 8 7 9
Super 6: 9 6 4 1 2 3

Keno (20. April): 4 9 13 14 20 29 31 34 40 43 44 45 49 52 55 56 59 60 63 70; plus5: 0 4 3 5 6

Alle Angaben ohne Gewähr

Jetzt Lotto online spielen:
www.rhein-zeitung.de/lotto

Kindernachrichten

Glückwunsch, Queen!



Heute wird der 90. Geburtstag von Elizabeth II. in ganz Großbritannien gefeiert. Und das wird vor allem im Juni ein richtig großes Fest. Die Bürger sind bereits jetzt aufgerufen worden, eigene Straßenfeste zu veranstalten und die Monarchin hochleben zu lassen. Aber damit endet die Riesenparty nicht. Es wird nämlich noch eine ziemlich eindrucksvolle Militärzeremonie geben. Bei der offiziellen Veranstaltung wird



dann Mitte Mai gleich vier Tage lang getanzt und gefeiert. Allein 900 Pferde werden bei der Show dabei sein. Denn die Königin ist eine große Pferdeliebhaberin. Es hat gerade fünf Stunden gedauert, dann waren alle 25 000 Tickets dafür ausverkauft. Bei der Geburtstagsparade der Königin im Juni werden dann Flugzeuge der Royal Air Force eine Formation über der Parade fliegen. Das wird ein Spektakel!

Leserbriefe

Soziales Die Zahl der Menschen, die im Rentenalter auf Sozialhilfe angewiesen sind, hat sich seit 2003 mehr als verdoppelt.

Festnahmen Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt sind gegen mutmaßliche Rechtsterroristen im sächsischen Freital vorgegangen.

„Geplündert“

Wäre die Rentenkasse über Jahre nicht kontinuierlich von unseren Politikern geplündert und wären die Beiträge der Mitglieder nicht zweckentfremdet worden, könnten Rentner mit einer wesentlich höheren Rente rechnen. Ebenso trägt mit dazu bei, dass die Politik jahrelang Lohnzurückhaltung gepredigt hat, um die Wirtschaft in Schwung zu halten. Der Effekt davon war, dass die Unternehmen immense Gewinne eingefahren haben und der kleine Mann auf der Strecke blieb. Sich selbst haben unsere Politiker aber nicht vergessen. Ihre Pensionen sind üppig.

Wolfgang Orthey, Hachenburg

„Vom Kopf“

Die soziale Marktwirtschaft der Wirtschaftswunderjahre, die alle am Wohlstand teilhaben ließ, ist schon lange tot. Ermordet durch raffgierige Unternehmensmanager, die die Erbringer der Gewinne um eine gerechte Entlohnung bringen und durch den Staat, der das zulässt. Den betragen sie auch um gerechte Steuerabgaben. Für die daraus folgenden Armutsrenten sehen sich aber weder Arbeitgeber noch Politiker verantwortlich. Vom Schaden für die Volkswirtschaft gar nicht zu reden. Der Fisch stinkt vom Kopf her.

Ulrike Waerder, Bad Neuenahr-Ahrweiler

„Rechts blind“

Seit Jahren heißt es immer wieder, dass die Behörden in den neuen Bundesländern auf dem rechten Auge blind seien. Immer wird dieser Behauptung vehement widersprochen. Nun kommt im Fall Freital Stück für Stück heraus: Viele Details über diese Gruppe waren den Behörden seit mehr als zwölf Monaten bekannt. Unternommen wurde nichts. So musste sich erst die Bundesanwaltschaft einschalten, damit dem Treiben ein Ende gesetzt wird.

Hans-Günter Mandl, Vallendar

Medien Die Türkei hat ARD-Korrespondent Volker Schwenck die Einreise verweigert.

„Zum Schutz ...“

Danke, Herr Erdogan. Sie schützen einen deutschen Journalisten davor, möglicherweise für Sie unliebsame Meldungen zu verbreiten.

Hans Bachus, Neuwied

Ihr Kontakt zu uns

Sie möchten auch Stellung zu Themen unserer Zeit oder unserer Zeitung beziehen? Schreiben Sie uns:

Rhein Zeitung „Leserbriefe“
56055 Koblenz
Fax: 0261/892-122
leserbriefe@rhein-zeitung.net